

Medienmitteilung vom 13. September 2010

FDP-Fraktion will überflüssige Verordnung loswerden

Formatiert: Schriftart: 24 pt

Die FDP schreibt es sich auf die Fahnen. Sie will weniger Bürokratie. Am Mittwoch wird nun im Schwyzer Kantonsparlament über eine Verordnung debattiert, die es in der Tat nicht braucht. Die FDP engagiert sich deshalb für die Abschaffung der Vorteilsabgabe.

Vor bald einem Jahr hat der Schwyzer FDP-Kantonsrat Christoph Weber mit einigen Mitunterzeichnern eine Motion zur Abschaffung der Vorteilsabgabe, die Bestandteil der im Jahr 2000 in Kraft getretenen Strassenverordnung ist, eingereicht. «Diese Vorteilsabgabe ist rechtsstaatlich bedenklich und in der Handhabung äusserst seltsam», sagt denn auch Weber. «Diese kuriose Sonderlösung wird nicht einmal in allen Gemeinden und Bezirken umgesetzt und ist für mich schlicht ein Papiertiger, der weg gehört.»

Einen Missstand beseitigen

Auch wenn die Regierung anderer Ansicht ist. Die FDP ist der Meinung, dass hier eine Abgabe, die Zitat Christoph Weber: «Völlig schief in der Landschaft steht», abgeschafft werden kann. Das ganze System sei weder durchdacht noch in der Praxis funktionell. Hinzu kommt nach Meinung der FDP-Fraktion, dass auch noch die entsprechende Gerichtsbarkeit absurd ist. Die FDP-Fraktion ist einstimmig für Erheblicherklärung und Alt-Kantonsratspräsident Christoph Pfister (Tuggen) ist überzeugt, dass mit der Abschaffung der Vorteilsabgabe ein Missstand beseitigt werden kann.

Ja zum Polizeikonkordat

Die FDP-Parlamentarierinnen- und Parlamentarier stehen auch hinter dem Beitritt des Kantons Schwyz zum Zentralschweizer Polizeikonkordat. Auch wenn in jüngster Zeit nicht jede kantonsübergreifende Zusammenarbeit von Erfolg gekrönt war, so macht diese hier doch Sinn. «Die Grundsätze und Formen der Polizeizusammenarbeit müssen geregelt sein», sagt FDP-Kantonsrätin Irene Thalman (Wilen). Grosseinsätze wie am Nationalfeiertag oder Polizeieingriffe über das Kantonshoheitsgebiet hinaus machen eine solche Regelung notwendig. Ein Diskussionspunkt war der Kostenverteiler. Die FDP ist der Meinung, dass diesbezüglich nicht einfach nur die Einwohnerzahl massgeblich sein darf. Dieses Anliegen ist nun in der Ausgestaltung des Konkordats berücksichtigt worden und auch FDP-Regierungsrat und Vorsteher des Sicherheitsdepartements Peter Reuteler zeigte sich überzeugt von dieser interkantonalen Zusammenarbeit. «Diese funktioniert heute schon sehr gut, wird mit dem Konkordat nun aber klar geregelt».

FDP unterstützt «Strafanzeige gegen Unbekannt»

Die FDP-Fraktion wird an der Session den Antrag auf Wiedererwägung des Kantonsratsbeschlusses vom 21. Oktober 2009 betreffend der verzögerten Übermittlung der Daten der Telefonüberwachung im Mordfall Lucie grossmehrheitlich unterstützen. Die FDP zeigt sich aber schockiert über den Umstand, dass der komplette Inhalt des damaligen PUK-Berichts dem Parlament und der Öffentlichkeit vorbehalten wurden, durch Indiskretionen aber an die Presse gelangte. FDP-Kantonsrat Martin Michel (Lachen) fordert da harte Massnahmen: «Ich unterstütze die Rechts- und Justizkommission in ihrem Vorhaben, Strafanzeige gegen Unbekannt zu erstatten. Hier muss mit einem rigorosen Strafverfahren solchen Aktionen der Regel geschoben werden.» Sollte dem Antrag auf Wiedererwägung stattgegeben werden, folgen die Pro-Stimmen der FDP-Fraktion dem Antrag auf Veröffentlichung des Expertenberichtes und der Stellungnahmen.

Text: Roger Bürgler

Gelöscht: Medienmitteilung
vom 18. Oktober 2009.

